

Wissenschaftscampus soll Wiege für Exzellenzcluster werden

Universitäten und Leibniz-Institute sollen noch enger kooperieren. In gemeinsamen „Wissenschaftscampus“ könnten sich beide Partner thematisch ergänzen und so die Grundlage für künftige Exzellenzcluster bilden. BMBF-Staatssekretär Rachel fordert ausreichende finanzielle Ausstattung der Forschungsinstitute auch durch die Länder. Berliner Wissenschaftsstaatssekretär Husung schließt Kürzungen im Wissenschaftsetat aus.

Berlin – Leibniz-Präsident Ernst Theodor Rietschel hat eine noch stärkere Zusammenarbeit und gemeinsame Schwerpunktsetzung der deutschen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gefordert. Als Modell dafür schlug Rietschel in einer Grundsatzrede auf der Jahrestagung der Leibniz-Gemeinschaft gestern in Berlin das Modell eines Wissenschaftscampus vor. Gleichzeitig erteilte Rietschel Überlegungen eine klare Absage, die eine Fusion der Hochschulen mit den außeruniversitären Forschungsinstituten fordern.

Ein solcher Wissenschaftscampus könnte vom jeweiligen Bundesland, der Leibniz-Gemeinschaft und der Universität finanziert werden und sich gemeinsam dem gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Thema des Leibniz-Instituts widmen. Gemeinsam könnten Leibniz-Institut und Universität das notwendige Gewicht geben. „Ein solcher Wissenschaftscampus erlaubt Forschung und Wissenstransfer unter optimalen Bedingungen“, argumentierte Rietschel.

Ein hervorragendes Beispiel dafür stelle jetzt schon die enge Zusammenarbeit des Leibniz-Instituts für Meeresforschung (IFM-GEOMAR) mit der Christian-Albrechts-Universität in Kiel auf dem Feld der Meeresforschung dar. Die enge Zusammenarbeit bei einem gemeinsamen Schwerpunktthema führte in der ersten Runde der Exzellenzinitiative zum Zuschlag für den großen Exzellenzcluster „The Future Ocean“.

Auf diese Weise würden kooperative Strukturen etabliert, in denen Stärken gestärkt und Schwächen durch Netzwerkbildung ausgeglichen würden, so Rietschel, der sein Modell als Umsetzung der Lehren aus den Ergebnissen der ersten Runde der Exzellenzinitiative sieht. Das Gegenmodell, nämlich die außeruniversitäre Forschung komplett in die Universitäten zu überführen, würde in Deutschland die Spitzenforschung schwächen und den Universitäten nicht substantiell helfen, ist der Leibniz-Präsident überzeugt.

Der diesjährige Wissenschaftspreis des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft in der Kategorie „Gesellschaft braucht Wissenschaft“ wurde im Zuge des Festakts an Dr. Bernhard Holzapfel und Prof. Ludwig Schultz vom Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung in Dresden verliehen. Die beiden Wissenschaftler wurden für ihre grundlagen- und anwendungsbezogenen Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Hochtemperatursupraleiter (HTSL) ausgezeichnet. Die Arbeiten der beiden Physiker machen zum Beispiel widerstandsfreie Stromleitungen möglich.

(Mehr in der Pressemitteilung 10/2006 unter www.wgl.de/extern/presse/index_1.html)

Dr. Andrea Walther aus Jena ist die Leibniz-Nachwuchspreisträgerin 2006. Die 27-jährige Biologin vom Leibniz-Institut für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie – Hans Knöll-Institut hat für ihre Doktorarbeit die mit 3000 Euro dotierte Auszeichnung

auf dem Festakt entgegen genommen. Andrea Walther untersuchte in ihrer Arbeit die molekularen Zusammenhänge, die einige Pilze dazu bringen, ihr Wachstum zu verändern, und dann beim Menschen Infektionen auslösen.

(Mehr in der Pressemitteilung 14/2006 unter www.wgl.de/extern/presse/index_1.html)

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats Prof. Dr. Peter Strohschneider hob in seiner Festrede zu Rolle und Funktion der Geisteswissenschaften die Bedeutung der Geisteswissenschaften im Gesamtkonzept der Wissenschaften hervor. In diesem Zusammenhang beklagte er die große Distanz der geisteswissenschaftlichen Forschung zu vielen Museen, Sammlungen oder Archiven in Deutschland. Diesen Abstand zu verringern, um die Gegenständlichkeit der Forschung sowie die Erklärungsbedürftigkeit der Sammlungen in Einklang zu bringen, sei eine der Aufgaben der deutschen Wissenschaft. Für deren Lösung sei die Leibniz-Gemeinschaft u.a. durch ihre Forschungsmuseen geradezu prädestiniert, sagte Strohschneider.

Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, ermahnte in seinem Grußwort die Länder, an den eingegangenen Verpflichtungen im Pakt für Forschung und Innovation festzuhalten. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Forschungsinstitut durch den Pakt sei genauso wie die Hightech-Initiative der Bundesregierung unbedingt notwendig, um das Ziel zu erreichen, bis 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufzubringen.

Dr. Hans-Gerhard Husung, Berliner Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, bekräftigte, auch der neue Berliner Senat werde keine Kürzungen bei den Ausgaben für Forschung und Wissenschaft vornehmen. Die Finanzplanung der Bundeshauptstadt berücksichtige einen drei-prozentigen Aufwachs für die außeruniversitäre Forschung ebenso wie einen möglichen Erfolg der Berliner Universitäten in der zweiten Ausschreibungsrunde der Exzellenzinitiative, versicherte der Staatssekretär, der auch unter dem neuen Senator für Bildung und Wissenschaft im Amt bleiben wird.

Kontakt: Leibniz-Gemeinschaft
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Schützenstr. 6a, 10117 Berlin
Fax 030 / 20 60 49 55

Dipl.-Geol. Thomas Vogt M.A.
(Tel. 030 / 20 60 49 42 E-Mail: vogt@leibniz-gemeinschaft.de)

Christoph Herbort-von Loeper M.A.
(Tel. 030 / 20 60 49 48 E-Mail: herbort@leibniz-gemeinschaft.de)

Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören 84 außeruniversitäre Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Forschung. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute arbeiten interdisziplinär und verbinden Grundlagenforschung mit Anwendungsnähe. Sie pflegen intensive Kooperationen mit Hochschulen, Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Das externe Begutachtungsverfahren der Leibniz-Gemeinschaft setzt Maßstäbe. Jedes Leibniz-Institut hat eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung. Bund und Länder fördern die Institute der Leibniz-Gemeinschaft daher gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen rund 13.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und haben einen Gesamtetat von 1,1 Milliarden €.

www.leibniz-gemeinschaft.de